

## Privatisierung staatlichen Eigentums durch die Vordertür in aller Öffentlichkeit

Wie schaffe ich es, mir, in einer Demokratie mit Pressefreiheit, Verfassung, mündigen Bürgern und selbstständig denkenden Abgeordneten ein Filetstück des Deutschen Volksvermögens anzueignen und auf Jahrzehnte hinaus eine zuverlässige Einnahmequelle zu erschließen?

1. Im Februar **2015 beschließt** die von **Wirtschaftsminister** Gabriel eingesetzte Fratzscher-**Kommission** zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ eine „Bundes-**Autobahnen** Infrastrukturgesellschaft“ **privatrechtlich** zu organisieren. Eine "**angemessene**" **Verzinsung** wäre etwa sieben Prozent“, wie Markus Faulhaber, Chef der Allianz-Lebensversicherung, dem Tagesspiegel sagte, also **6,5 Prozent mehr, als nötig** wären.

2. Die "Autobahnprivatisierung" wird in einem **Paket**, das "Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs" heißt, versteckt. Für jeden Abgeordneten ist da so viel Gutes drin, dass alle die Kröte "Privatisierung" schlucken, obwohl eigentlich kaum einer dafür ist.

3. **Alle deutschen Medien übernehmen eine** dpa-Meldung ohne Angabe eines Autors mit dem Titel "Schranken für Privatisierung" in der wahrheitswidrig behauptet wird, dass Privatisierungen in Verhandlungen mit der CDU/ CSU-Fraktion durch die SPD-Fraktionsspitze verhindert wurden. Zitat: "Eine Privatisierung der Autobahnen und Bundesstraßen ist damit erstmals verfassungsrechtlich ausgeschlossen." Dazu schrieb Dieter Schwab von den NN: *Dabei handelt es sich rein presserechtlich um eine so genannte privilegierte Quelle, von deren Wahrheitsgehalt wir ausgehen können (anders lässt sich auch die tägliche redaktionelle Arbeit nicht bewältigen).* Diese **Falschmeldung** wurde weder dementiert noch kommentiert.

4. Der **Bundesrechnungshof** wird auf Linie gebracht. Nachdem der Bundesrechnungshof festgestellt hatte, dass alle ÖPP-Modelle durchschnittlich über 20 % mehr kosteten, als Vorhaben unter staatlicher Regie, gibt es pünktlich vor der Bundestagsabstimmung am 01.06.2017 ein Gutachten des selben Rechnungshofes, das alle bisherigen Positionen widerruft und alle zentralen Forderungen fallen lässt.

5. Den Lügen der SPD-Fraktionsspitze wird auch von den Medien nicht widersprochen. Offenbar gilt 2017: **Wahr ist nicht, was objektiv belegbar ist, sondern das, was die überwältigende Mehrheit behauptet.**

6. Geschickte Taktik: Jeder Öffnung des Grundgesetzes für eine Privatisierung wurde um Kritikern entgegen zu kommen, ein einfaches Gesetz entgegengestellt, das diese Lücke wieder schloss. Dass es für **neue Bestimmungen im GG eine 2/3-Mehrheit plus Zustimmung des Bundesrates** benötigt, während das "**einfache**" Gesetz über die Begrenzung der privaten Autobahnabschnitte auf 100 Kilometer ab 2021 **mit einfacher Bundestagsmehrheit und ohne Zustimmung des Bundesrates** geändert werden kann, wollten die Kritiker offenbar nicht sehen.

7. **Zeitdruck**: Erste und zweite Lesung einer der größten GG-Änderung seit 1949 an einem Tag (01.06.2017) und Bundesratsabstimmung am Folgetag (02.06.2017). Gegen diese Missachtung der Abgeordneten liegt bereits eine Verfassungsklage von Robert Michel vor.

8. Totales **Versagen der Opposition**. Während die Grünen im Bundestag bei einer Enthaltung das Gesetzespaket einstimmig ablehnten, winkten sie es **im Bundesrat**, in dem sie es tatsächlich hätten stoppen können, **einstimmig** durch. Natürlich waren sie durch die zusätzlichen 9,75 Mrd. € aus Bundesmitteln, die pro Jahr an die Länder fließen sollten, bestochen worden.

### Wie wird es weiter gehen?

9. Der wegen seiner **Pkw-Maut**, "die mehr an Verwaltung kostet als es Steuereinnahmen bringt" viel verspottete Verkehrsminister Alexander Dobrindt bringt noch dieses Jahr ein Gesetz zur Einführung der Pkw-Maut durch den Bundestag. Alle Kritiker werden aufhören zu lachen, wenn in 10 oder 20 Jahren diese Maut ein vielfaches betragen wird, **um die Renditeerwartungen der Finanzindustrie zu befriedigen**.

10. Schon 2020 könnte eine CDU/ CSU/ FDP-Koalitionsregierung mit **einfachem Gesetz ohne Bundesratszustimmung** die Beschränkung der privaten Autobahnabschnitte auf maximal 100 km ab 2021 aufheben.

11. Am Ende bleiben 1 % der Bundesautobahnen als **leere Hülle** staatlich, da es dafür eine Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes gibt.

12. Die Privatisierungswelle rollt weiter. Schulen, Krankenhäuser, Elektrizitäts- und Wasserwerke usw. In den USA gibt es sogar privat betriebene Gefängnisse.

Was bleibt von unserer Demokratie? Wenn der Staat keine Mittel mehr hat, fallen alle wichtigen Entscheidungen in den Konzernzentralen.